

Neue Studie

Mehr Gewaltkriminalität durch mehr Zuwanderer

Der Kriminologe Christian Pfeiffer hat eine neue Studie zu Flüchtlingskriminalität vorgelegt. Am Beispiel von Niedersachsen zeigt er, dass Asylsuchende, die keine Chance auf ein Bleiberecht haben, eher straffällig werden.



Asylbewerber aus Ghana, der im Oktober wegen Vergewaltigung zu elfeinhalb Jahren Haft verurteilt wurde



Teilen



Twittern



E-Mail

Mittwoch, **03.01.2018** 13:38 Uhr[Drucken](#) [Nutzungsrechte](#) [Feedback](#)

Was sind Ursachen von Flüchtlingskriminalität? Und was kann dagegen unternommen werden? Mit diesen Fragen beschäftigt sich eine neue Studie des Kriminalwissenschaftlers [Christian Pfeiffer](#). Der ehemalige niedersächsische Justizminister hat zusammen mit den Kriminologen Dirk Baier und Sören Kliem im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Jugend exemplarisch die Situation in Niedersachsen untersucht.

In ihrer Studie beschäftigen sich die Autoren unter anderem mit dem Anstieg von Gewaltstraftaten zwischen 2014 und 2016, den die Polizeiliche Kriminalstatistik bereits festgestellt hat. Demnach stieg die Zahl der polizeilich registrierten Gewalttaten in Niedersachsen um 10,4 Prozent - zu 92,1 Prozent sei diese Zunahme Flüchtlingen zuzurechnen. Dies sei insofern nicht verwunderlich, als dass es sich bei einem großen Teil der Flüchtlinge um junge Männer in der Altersspanne handle, in der Menschen verstärkt straffällig würden.



Kriminologe Christian Pfeiffer aus Niedersachsen

Nordafrikaner proportional häufiger unter Tatverdächtigen

Die Unterschiede zwischen den Herkunftsländern sind demnach sehr groß. So fielen Syrer, Iraker und Afghanen deutlich seltener auf, Menschen aus Marokko, Algerien und Tunesien hingegen besonders oft. Letztere stellten 2016 nur 0,9 Prozent der in Niedersachsen registrierten Flüchtlinge, aber 17,1 Prozent der Tatverdächtigen. Die Kriminologen sehen einen der Gründe in der Perspektivlosigkeit in dieser Gruppe, die überwiegend aus Männern zwischen 14 und 30 Jahren bestehe.

Den Nordafrikanern werde von vornherein klargemacht, "ihr habt hier keine Chancen, ihr müsst alle wieder nach Hause", sagte Pfeiffer im "heute-journal". Den Kriegsflüchtlingen hingegen werde sehr schnell signalisiert, dass sie bleiben können. "Und dann bemühen die sich natürlich, ja nichts falsch zu machen."

Pfeiffer kritisiert die politische Entscheidung, Menschen aus Nordafrika nicht als Asylbewerber anzuerkennen, nicht. "Wir können nicht das Land sein, das mühselig alle Beladenen aufnimmt." Aber es reiche nicht, nach Ausweisung zu rufen: "Ich denke, es ist Anlass, jetzt die neuen Koalitionsgespräche für eine neue Perspektive in der Flüchtlingspolitik zu nutzen, nämlich riesig viel Geld für ein Rückkehrprogramm zu investieren."

Abgewiesene Asylsuchende sollten mehr Unterstützung in ihren Heimatländern bekommen, so der Kriminologe im ZDF. Dafür solle der Staat mit mehr Geld Projekte vor Ort finanzieren.

Solche Programme seien aber nur sinnvoll, wenn es gelinge, die Grenzen zu sichern. "Es ist mühsam, sie alle reinzulassen und dann wieder in einem Rückkehrverfahren in ihre Heimat zu bringen. Also ist das ganze Rückkehrprogramm abhängig davon, ob es der EU gelingt, die Außengrenzen sicherer zu machen."

Pfeiffer und seine Mitautoren geben zu bedenken, dass Gewaltdelikte von Flüchtlingen aus unterschiedlichen Gründen mindestens doppelt so oft angezeigt würden wie die deutscher Täter. Eine weitere Rolle spiele die Unterbringung von Flüchtlingen unterschiedlicher Herkunft und Religion in beengten Unterkünften, was Gewalt begünstige.

Opfer von Tötungsdelikten überwiegend Flüchtlinge

Bei einem Drittel der Opfer handele es sich um Flüchtlinge. Bei 90 Prozent der Tötungsdelikte, in denen Flüchtlinge als Verdächtige ermittelt wurden, seien andere Flüchtlinge oder Ausländer Opfer gewesen. Ebenso sei dies bei drei Viertel der schweren Körperverletzungen, die von Flüchtlingen verübt worden seien. Weniger straffällig waren demnach Menschen, bei denen die Autoren gute Zukunftschancen in Deutschland sehen.

Ein wichtiger Aspekt des Problems sei, dass Flüchtlinge in Deutschland häufig in Männergruppen lebten - ohne Partnerin, Mutter, Schwester oder andere weibliche Bezugsperson, wie es in der Studie heißt. "Überall wirkt sich negativ aus: der Mangel an Frauen", sagte Pfeiffer. Dieser Mangel erhöhe die Gefahr, dass junge Männer sich "an gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen orientieren", heißt es in der Studie. Pfeiffer hält die Idee des Familiennachzugs deshalb für "nicht dumm".

Die Wissenschaftler halten ein Einwanderungsgesetz für sinnvoll, in dem klar geregelt ist, unter welchen Bedingungen Ausländer eingebürgert werden können. "Das schafft für sie einen starken Anreiz, sich engagiert um die Erfüllung der Einwanderungsvoraussetzungen zu bemühen."

Pfeiffer appellierte an die Politik, in den anstehenden Koalitionsverhandlungen neue Perspektiven in der Flüchtlingspolitik aufzuzeigen. Als Mittel gegen Gewalttaten von Flüchtlingen mahnen die Kriminologen eine bessere Prävention an. Unter anderem solle es bessere Angebote wie etwa Sprachkurse, Sport und Praktika sowie Betreuungskonzepte für junge Flüchtlinge geben. Doch dafür fehlt es dem [Staat häufig an Personal](#), wie eine Aufstellung des dbb Beamtenbund und Tarifunion zeigt.

ala/dpa

 **Zur Startseite**

Diesen Artikel...

[Drucken](#) | [Feedback](#) | [Nutzungsrecht](#)